ner Schlußbetrachtung, die zugleich eine Analyse der Genese und Struktur des früh- und hochmittelalterlichen Magdeburg bietet, zusammenfaßt (S. 317–348), lassen sich dabei drei Phasen frühstädtischer Entwicklung erkennen: In einer ersten Phase entstanden seit dem 8. Jh. zunächst vor allem Niederlassungen, die in enger Verbindung mit dem Fernhandel standen und deren Charakteristikum eine dominierende Präsenz von ethnisch Fremdstämmigen war (hierzu insbesondere Lübke). Im Gegensatz zu diesen zumeist in auffälliger Ferne zu befestigten Plätzen angelegten Emporien oder Seehandelsplätzen, die sich nach Władysław Łosiński (S. 68–91) allerdings in den meisten Fällen als „ein totes Glied in der Entwicklung der slavischen Städte“ erwiesen (S. 88), waren die im slawischen Binnenland entstehenden nichtagrarischen Zentren von Anfang an stark in die herrschaftlichen Strukturen der Stammesverbände bzw. der frühen Staatsbildungen eingebunden. Der weitere Ausbau der piastischen und přemyslidischen, aber auch arpadischen Herrschaftsbildungen zu stark zentralistisch geprägten Fürstenherrschaften verfestigte in der zweiten Phase der frühstädtischen Entwicklung im 11. und 12. Jh. diese Bindungen in einem System staatlich kontrollierter, spezialisierter Dienste, was „in inhaltlich-rechtlicher Hinsicht nicht ohne Auswirkung auf die Ausbildung der ostmitteleuropäischen Stadt“ bleiben konnte (Brachmann, S. 332, 334). Eine entscheidende Folge des sogenannten ‚Dienstiedlungssystems‘ und des mit ihm fortbestehenden herrschaftlichen Obereigentums an Grund und Boden war die Behinderung der Entfaltung eines freien inneren Marktes. Bis zum allmählichen Verfall des Dienstsystems im späten 12. und 13. Jh. fehlten damit in den ostmitteleuropäischen Frühstädten aber die entscheidenden Voraussetzungen dafür, daß sich Frühstadtbewohner für neue, besondere Rechte einzusetzen begannen. Zwar wurde auch in der ostmitteleuropäischen Dienstiedlung die neue Arbeitsteilung zwischen frühstädtischem Zentrum und Land naturgemäß über den Markt realisiert, doch blieben in diesem Fall beide Seiten herrschaftlich geprägt. Erst mit der im Rahmen der Ostsiedlung erfolgenden östlichen Ausbreitung der neuen mitteleuropäischen bürgerlichen Rechte und Freiheiten – in der dritten Phase der ostmitteleuropäischen Stadtgenese – wuchs auch hier die Frühstadt aus dem allgemeinen Landesrecht heraus und wandelte sich damit zur vollausgebildeten Rechtsstadt.

Marburg a. d. Lahn

Eduard Mühle

Eastern Europe and the West. Selected Papers from the Fourth World Congress for Soviet and East European Studies, Harrogate, 1990. Edited by John Morison. St. Martin's Press. New York 1992. XIX, 271 S., \$ 45,00.

Dem 4. „World Congress for Soviet and East European Studies“, der 1990 in England stattfand, sind bereits eine ganze Reihe von Publikationen zu verdanken, in denen, jeweils thematisch gebündelt, einige der dort gehaltenen Vorträge veröffentlicht worden sind. Das Leitthema des hier anzuzeigenden Sammelwerks weist darauf hin, daß es sich bei den 16 aufgenommenen Beiträgen um im weitesten Sinn beziehungs-geschichtliche Studien handelt. Die Aufsätze sollten, so ist dem Vorwort zu entnehmen, einen „gewissen thematischen Zusammenhang“ (S. VII) enthalten. Leider lassen sich weder alle Beiträge dem Thema „Osteuropa und der Westen“ zuordnen (ungarisch-griechische Beziehungen dürften ebensowenig darunter zu subsumieren sein wie polnisch-türkische Kontakte), noch ist eine inhaltliche Kohärenz erkennbar, wie sich unschwer aus dem nachfolgenden Überblick ablesen läßt. Lediglich die dritte vom Herausgeber genannte Einschränkung, die zeitliche Begrenzung auf das 19. und 20. Jh., ist zutreffend.

Die Aufsätze des Sammelbandes sind in sechs themenbezogene Abschnitte untergliedert. Der Rezensent erlaubt sich, nur auf diejenigen Beiträge näher einzugehen, von denen er glaubt, daß in ihnen Neuland betreten wird, und die sich mit Ostmitteleuropa

befassen. Im ersten Kapitel werden – einmal mehr – die Aktivitäten der polnischen Exildiplomatie behandelt, die im 19. und zu Beginn des 20. Jhs. darauf ausgerichtet waren, ein unabhängiges Polen zu restituieren. H. H. Hahn beschreibt zunächst die Möglichkeiten und Grenzen der Einflußnahme Adam Czartoryskis in den Jahren 1831–1840. Die Mutmaßung, daß es sich dabei im wesentlichen um eine Zusammenfassung der Ergebnisse seiner Dissertation¹ handelt, scheint in diesem Fall ebenso naheliegend wie bei dem folgenden Beitrag von R. A. Berry, der die Versuche polnischer Einflußnahme auf die Außenpolitik des Osmanischen Reiches darstellt². Demgegenüber vermittelt F. W. Thackeray in seinem Beitrag: „Piłsudski, Dmowski und der russisch-japanische Krieg“ den Eindruck, als habe er ein bislang weitgehend unbeachtetes Kapitel der polnischen Geschichte erschlossen („The trips made by Piłsudski and Dmowski have generated quite a bit of scholarly interest“, S. 65, Anm. 4). Leider ist Th. derjenige Aufsatz entgangen, in dem bereits vor 20 Jahren diese Episode umfassend aufgearbeitet worden ist³.

Der zweite Abschnitt des Sammelbandes trägt den Titel „Ungarn und der Westen“, wobei sich die vier Beiträge in unterschiedlicher Breite mit den Jahren 1918–1944 befassen. Die Motive Englands für eine Unterstützung des Horthy-Regimes werden verdeutlicht (T. Sakmyster), die vergeblichen Bemühungen ungarischer Emigranten, Einfluß auf die englische Politik während des Zweiten Weltkrieges zu nehmen, werden herausgearbeitet (P. Pastor), in einem Überblick werden fünf Phasen der ungarischen Politik während eben dieser Jahre unterschieden (G. Juhasz), und schließlich wird die Tätigkeit des ungarischen Diplomaten Laszlo Velics als Botschafter in Athen nachgezeichnet (P. Hidas).

Während der dritte Abschnitt Südosteuropa gewidmet ist, befaßt sich der vierte mit Migrationsbewegungen der Polen zwischen 1772 und 1924. Leichtes Unbehagen überfällt den Rezensenten, wenn er erneut einen Beitrag über das Verhältnis von Deutschen und Polen im preußischen Teilungsgebiet aus der Feder L. Trzeciakowskis vor sich sieht, auch wenn er nicht umhin kann, die Fähigkeit zu bewundern, ein derart komplexes Thema auf zehn Textseiten abzuhandeln. Diese Bewunderung schlägt allerdings in ihr Gegenteil um, wenn im folgenden Beitrag von J. J. Kulczycki auf nur fünf Textseiten die Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Bergarbeitern im Ruhrgebiet in den Jahren 1871–1914 dargestellt werden, zudem weder das Erkenntnisinteresse dargelegt noch die Notwendigkeit einer erneuten Beschäftigung mit dem Thema verdeutlicht wird, nachdem in den letzten Jahren eine Reihe von diesbezüglichen Monographien erschienen sind⁴. Wenn auch nur schlaglichtartig, vermittelt A. Walaszek

1) Außenpolitik in der Emigration. Die Exildiplomatie Adam Jerzy Czartoryskis 1830–1840, München, Wien 1978.

2) Die unveröffentlichte Dissertation von Berry trägt den Titel: Czartoryski and the Balkan Policies of the Hotel Lambert, Indiana Univ. 1974.

3) K. G. HAUSMANN: Piłsudski und Dmowski in Tokio 1904. Eine Episode in der Geschichte der polnischen Unabhängigkeitsbewegung, in: Das Vergangene und die Geschichte, Festschrift für R. Wittram, hrsg. von R. v. THADDEN u. a., Göttingen 1973, S. 369–402.

4) Die Polen und die Kirche im Ruhrgebiet 1871–1919, hrsg. von H. J. BRANDT, Münster 1987; V.-A. STEFANSKI: Zum Prozeß der Emanzipation und Integration von Außenseitern: Polnische Arbeitsmigranten im Ruhrgebiet, Dortmund 1984; R. C. MURPHY: Gastarbeiter im Deutschen Reich. Polen in Bottrop 1891–1933, Wuppertal 1982; K. MURZYNOWSKA: Die polnischen Erwerbsauswanderer im Ruhrgebiet während der Jahre 1880–1914, Dortmund 1979; CH. KLESSMANN: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945, Göttingen 1978.

in seinem Beitrag über die Probleme, die bei der Rückkehr von nach Amerika ausgewanderten Polen in ihr Heimatland auftraten, doch einen anschaulichen Eindruck von der Vielschichtigkeit der Rückkehrermotive und ihrer keineswegs konfliktfreien Wiedereingliederung in die polnische Gesellschaft.

Das fünfte Kapitel befaßt sich erneut mit zwei Aspekten der polnischen Geschichte (wie überhaupt ein Übergewicht der Polen betreffenden Studien unübersehbar ist), allerdings ohne jede beziehungsgeschichtliche Dimension. Zunächst analysiert R. Blobaum die Haltung der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) zur polnischen Frage, genauer zur Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates. Ende des 19. Jhs. habe keineswegs der Kampf für ein unabhängiges Polen, sondern für ein demokratisches, konstitutionelles Rußland im Vordergrund gestanden, und erst nach dem Scheitern der Revolution von 1905 sei ein Meinungsumschwung eingetreten, der jedoch nicht von allen führenden Vertretern der Partei vorbehaltlos akzeptiert worden sei.

Als Klammer zum folgenden Beitrag muß der „Marxismus“ herhalten. R. D. Lewis umreißt die Entwicklung der polnischen Historiographie während des ersten Jahrzehnts nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei er insbesondere der Frage nachgeht, ob die Kommunistische Partei Polens über ihr ergebene, zugleich marxistisch geschulte und den Stalinismus akzeptierende Historiker verfügt habe. L. verneint diese Frage und weist nachdrücklich darauf hin, daß es für die polnischen Historiker nach 1956 kaum noch Tabuthemen gegeben habe. Die KP sei im wesentlichen damit zufrieden gewesen, die institutionelle Infrastruktur zu kontrollieren. Ob diese Aussage bei allen Betroffenen auf uneingeschränkte Zustimmung stoßen wird, erscheint dem Rezensenten zumindest zweifelhaft.

Der letzte Abschnitt enthält zwei Beiträge zur englischen Haltung gegenüber Polen und der Tschechoslowakei während der Jahre 1918–1948. Zunächst befaßt sich A. J. Foster mit der Haltung des englischen Foreign Office und der Presse. Nach 1919 habe England nur die Grenzen in Westeuropa garantieren wollen, sich gegenüber Osteuropa aber weitgehend passiv verhalten. Erst der deutsche Einmarsch in Prag (März 1939) habe mit der Garantieerklärung für Polen, Rumänien und Griechenland zu einer Änderung der englischen Haltung geführt. Andererseits seien bereits während des Weltkrieges die westlich der sowjetischen Grenze gelegenen Territorien als Interessensphäre der Sowjetunion anerkannt worden. Noch 1946 verfochten Regierung und der überwiegende Teil der Presse eine „policy of non-intervention and disinterest“ (S. 243). Erst im folgenden Jahr, sicherlich beeinflusst von Churchills Fulton-Rede, wurde eine entschlossenerere Position der englischen Regierung gegenüber der Sowjetunion erkennbar, die sich infolge des kommunistischen Putsches in Prag (Februar 1948) verfestigte. Über das eigentliche Thema seines Beitrages hinausgehend, bietet F. interessante Einzelheiten über das Zusammenspiel und die wechselseitige Beeinflussung von Presse und Regierung in England.

Der letzte Beitrag des Sammelbandes, in dem P. Latawski die Analysen, Stellungnahmen und Hintergrundberichte des Historikers Lewis Namier, die dieser zwischen 1915 und 1920 für das Foreign Office verfaßte, untersucht, sprengt wiederum den beziehungsgeschichtlichen Rahmen. Zudem bietet er zwar eine treffliche Wiedergabe der Gedanken Namiers, der eigentlich interessanten Frage nach den Auswirkungen dieser Memoranden auf die englische Politik widmet L. jedoch keinerlei Aufmerksamkeit.

Es wird dem Leser nicht entgangen sein, daß der Rezensent kein uneingeschränkt positives Urteil über diesen Sammelband abzugeben vermag. Es wäre aufgrund der Heterogenität der Beiträge sicherlich sinnvoller gewesen, auf einen zusammenfassenden Titel zu verzichten, um nicht unerfüllbare Erwartungen zu wecken – und auch, um die Angriffsflächen etwas zu verkleinern. Zudem ist es bedauerlich, daß einmal mehr

in einem Sammelband Aufsätze von sehr unterschiedlicher Qualität zusammengefaßt worden sind. Der Leser wird sich die Rosinen aus diesem „Kongreßkuchen“ herauspicken müssen.

Kiel

Eckhard Hübner

Weltwirtschaftliche Anpassung und Öffnung der osteuropäischen Reformstaaten.

Transformationskosten, Handelsstrategien, ökologische Modernisierung, Konsumentenverhalten, Humankapital. Hrsg. von Kai Hirschmann, Elzbieta A. Hirschmann und Otto F. Bode. Berlin Verlag A. Spitz, Berlin; Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien 1993. 175 S., zahlr. Tab., DM 39,80.

Der vorliegende Sammelband enthält sieben Beiträge, die bisher wenig beachtete Aspekte des ökonomischen Internalisierungsprozesses der osteuropäischen Reformstaaten herausgreifen, obwohl sie im Transformationsprozeß zur Marktwirtschaft durchaus als sehr bedeutsam angesehen werden müssen. Der erste Teil des Bandes verweist auf allgemeine Fragen des ökonomischen Internalisierungsprozesses dieser Staaten, der zweite Teil geht auf das Fallbeispiel Polen ein.

Die Europäische Union (EU) hat mit Polen, Ungarn und der ehemaligen ČSFR im Dezember 1991 weitreichende Assoziierungsabkommen abgeschlossen. K. Hirschmann, E. A. Hirschmann und O. F. Bode stellen in ihrem Beitrag (S. 7–15) zu Recht heraus, daß die EU-Orientierung nicht die einzige Internalisierungsstrategie der osteuropäischen Reformstaaten darstellt. Als Zwischenstufe auf dem Weg zur EU-Vollmitgliedschaft haben Polen, Ungarn, die Tschechische und die Slowakische Republik eine Freihandelszone gegründet. Befürwortet wird von den Autoren auch die Gründung einer Freihandelszone aller ehemaligen RGW-Staaten, die später zu einer Zollunion ausgedehnt werden und als eigener Wirtschaftsblock zumindest zeitweise neben der EU bestehen könnte. Obwohl diese Option durchaus einen gewissen Reiz besitzt, dürfte sie wohl zur Zeit nicht ernsthaft von den osteuropäischen Reformstaaten diskutiert werden.

O. F. Bode (S. 18–44) analysiert die Transformation und die Internalisierung der osteuropäischen Reformstaaten im Rahmen des aus der Biologie hervorgegangenen „Autopoisekonzeptes“. Die für alle Systeme kennzeichnende Kommunikation wird aus Sicht dieses Konzeptes in Wirtschaftssystemen durch das „Medium“ Geld vermittelt. Die Internalisierung von Volkswirtschaften erscheint folglich vorrangig als Frage des Wechselkurses, d. h. der externen Austauschrelationen. Das zweifellos interessante „Autopoisekonzept“ reduziert damit die Transformation und Internalisierung dieser Reformstaaten vorrangig auf monetäre Aspekte, vor allem institutionelle Aspekte erscheinen hingegen sekundär. Dieses Konzept blendet damit auch Fragestellungen aus, die gerade in der Übergangszeit dieser Staaten beantwortet werden müßten.

Die Ausgestaltung der strategischen Industrie- und Handelspolitik für die osteuropäischen Reformstaaten wird von P. Wängender (S. 45–69) beleuchtet. Das grundsätzliche Problem dieser Staaten besteht demnach darin, daß sie bei Produkten, die freien Markteintritt und Direktinvestitionen voraussetzen, komparative Nachteile aufweisen. Das Plädoyer für eine generelle Industriepolitik, die auch Elemente japanischer institutioneller Organisation berücksichtigen soll, erscheint jedoch etwas gewagt. Interessanter erschien in diesem Zusammenhang eher ein Vergleich mit den Wachstums- und Industrialisierungsstrategien der aufstrebenden Schwellenländer Südostasiens (z. B. Korea, Singapur, Taiwan).

M. Welfens (S. 70–98) untersucht in ihrem Beitrag die ökologische Modernisierung und stellt die internationale Dimension der Umweltprobleme in den osteuropäischen Reformstaaten heraus. Die Möglichkeiten dieser Staaten, die Umweltprobleme aus eigener Kraft zu lösen, müssen als begrenzt betrachtet werden. Joint Ventures,